

„Wir wollen keine Parallelgesellschaften“

Thorsten Frei hat die Debatte um eine Moschee-Steuer neu befeuert. Im Interview sagt er, warum er sie für notwendig hält

Mit türkischem Geld erbaut: Ein Plan der neuen Moschee in Köln-Ehrenfeld. BILD: DPA



Herr Frei, Sie sind Verfechter der sogenannten Moschee-Steuer. Warum? Es geht vor allen Dingen darum, Moscheegemeinden und den Islam in Deutschland unabhängiger zu machen von der Einflussnahme ausländischer Staaten. Es muss gelingen, dass der Islam eine stärkere Inlandsorientierung gewinnt und sich frei macht von ausländischen Einflüssen, die häufig Ursache von Integrationsproblemen sind oder diese verstärkt. Daran können wir kein Interesse haben.

Warum gibt es bislang eine Kirchensteuer, aber keine Moschee-Steuer?

Die Erhebung von Steuern für Kirchen- und Religionsgemeinschaften setzt voraus, dass es sich um eine Körperschaft öffentlichen Rechts handelt, wie etwa die katholische und evangelische Kirche. Dieser Weg ist grundsätzlich auch für den Islam geöffnet. Es gibt allerdings hohe Hürden: Das Bundesverfassungsgericht verlangt unter anderem die Rechtstreue von Religionsgemeinschaften. Soweit mir bekannt ist, gibt es nur eine einzige islamische Organisation, die über diesen Status verfügt: die Ahmadiyya-Gemeinden in Hessen und Hamburg. Das Oberverwaltungsgericht Münster hat entschieden, dass der Zentralrat der Muslime keine Religionsgemeinschaft im Sinne des Grundgesetzes ist, weil es ihm an der Lehrautorität gegenüber Mitgliedsverbänden mangeln dürfte. Dadurch, dass der Islam so vielgestaltig ist und eine einheitliche Struktur fehlt, dürfte der Status der Körperschaft schwierig zu erreichen sein.

Das bedeutet dann aber auch, dass es schwierig sein dürfte, die Moschee-Steuer umzusetzen?

Rechtlich wohl schwieriger als faktisch. Man kann verbieten, dass sich islamische Gemeinden aus dem Ausland finanzieren. So macht es Österreich mit dem Islamgesetz von 2015. Ich halte es für richtig, wenn wir Wege finden, die Ausübung des Islams in Deutschland zu ermöglichen, ohne dass es ausländische Einflussnahme und Einfallstore für Desintegration gibt.

Hat der Vorstoß mit den zunehmend islamistisch motivierten Attentaten zu tun, wie gerade erst wieder auf dem Straßburger Weihnachtsmarkt? Auf jeden Fall spielt das Thema auch

eine Rolle. Wenn wir eine stärkere Verfasstheit hätten und stärkere Integration erreichen könnten, würde das der Gesellschaft und unseren Sicherheitsinteressen dienen.

Wie groß ist der Einfluss von Geldgebern aus dem Arabischen Golf und der Türkei in Deutschland wirklich?

Den gibt es auf jeden Fall, sowohl aus den Golfstaaten als auch der Türkei. In einem der Dachverbände, die Ditib, werden im Grunde genommen Imame vom türkischen Staat bezahlt und zum Teil nach Deutschland entsendet. Insofern kann Religion auch als Einfallstor für politische Inhalte genutzt werden. Erdogan hat in der Vergangenheit Wahlkampf in Deutschland gemacht und dabei türkischstämmige Deutsche zu seinen Adressaten gemacht. Das ist das Gegenteil dessen, was wir für richtig halten. Wer hier lebt, muss sich integrieren. Wir haben kein Interesse an Parallelgesellschaften.

Was ist mit Moscheen, in denen radikale Imame gegen den deutschen Staat hetzen? Dagegen hilft doch keine Finanzierung aus den eigenen Reihen...



Zur Person

Thorsten Frei (45) ist CDU-Bundestagsabgeordneter (Wahlkreis Schwarzwald-Baar/Oberes Kinzigtal) und stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Von 2004 bis 2013 war er Oberbürgermeister von Donaueschingen. Aufgewachsen ist Frei in Bad Säckingen. (mim)

Eine Finanzierungsregelung ist nur ein Teil der Lösung. Bei uns gilt das Grundgesetz, daran haben sich alle zu orientieren. Das Bundesverfassungsgericht verlangt die Rechtstreue der Religionsgemeinschaft. Es ist nicht zu dulden, dass in Moscheen gegen deutsches Recht verstoßen oder gehetzt wird. Wenn es solche Fälle gibt, müssen wir dagegen vorgehen, sehr konsequent. Das könnte dann ein Fall für den Verfassungsschutz sein.

Ist es nicht eher Aufgabe der Moscheen, Radikalisierungen zu verhindern? Selbstverständlich. Aber wenn Selbstorganisationskräfte nicht funktionieren, dann müssen wir staatliche Ansprüche auch staatlich durchsetzen.

Die Freie Moschee in Berlin moniert, dass viele Moscheen nur „gesäubert“ Predigten veröffentlichten. Wie kann es gelingen, dass Transparenz entsteht? Die Veröffentlichung zeigt ja schon eine gewisse Transparenz, aber dem sind durch die Religionsfreiheit auch ein Stück weit verfassungsrechtliche Grenzen gesetzt. Wenn rechtswidrige Dinge in Moscheen geschehen, kann man

davon Kenntnis erlangen und dagegen vorgehen, davon bin ich überzeugt.

Sollten sich diese Gemeinden nicht klar zum deutschen Grundgesetz bekennen und Hass und Gewalt klar ablehnen?

Das müssen sie sogar. Es bedarf des klaren Bekenntnisses zum Grundgesetz und zu deutschem Recht. Gerade die islamischen Dachverbände müssen Hass und Gewalt im Namen des Islam in aller Deutlichkeit widersprechen. In der Vergangenheit haben wir Situationen erlebt, da hätte ich mir eine deutlichere Stellungnahme gewünscht – dazu gehört der Anschlag auf dem Breitscheidplatz, aber auch antisemitische Übergriffe, wie es sie in Berlin mehrfach gab.

Was kann der Staat tun, um Radikalisierungen entgegenzuwirken?

Dazu braucht es vor allem Konsequenz. Es muss klar sein, dass so etwas nicht tolerabel ist. Es gilt, Mechanismen zu entwickeln, um solche Tendenzen rechtzeitig zu erkennen: Denn es ist Aufgabe des Staates, den Schutz der Gesellschaft zu garantieren.

FRAGEN: MIRJAM MOLL

Warum es keine Moschee-Steuer gibt

► **Im Islam** ist eine Mitgliederregistrierung wie bei den Kirchen unüblich – das ist eine entscheidende Hürde für die Steuer. Solange der Staat nicht weiß, wer genau hinter der Religionsgemeinschaft steht, erfüllt sie nicht die Voraussetzung für eine Anerkennung als Körperschaft des öffentlichen Rechts. Diese ist Voraussetzung für die Berechtigung, eine eigene Steuer zu erheben. So definiert es das Grundgesetz, das die Maßgabe dafür aus der Weimarer Reichsverfassung übernommen hat. Zudem ist der Islam in Deutschland vielfältig. Die bekannten Verbände repräsentieren nur einen Teil der hier lebenden Muslime.

► **Islamische Gemeinschaften** sind auf Spenden angewiesen. Im Wesentlichen werden viele Moscheen aus dem Ausland unterstützt. In den Gemeinden des Türkei-nahen Verbands Ditib, zu dem 900 Moscheen gehören, beten beispielsweise aus der Türkei entsendete und von dort bezahlte Imame vor.

Diesen Einfluss aus dem Ausland würde die Politik gern beenden.

► **Laut Grundgesetz** kann jede Religionsgemeinschaft ihre Angelegenheiten selbst ordnen und verwalten. Ob sie vom Recht des Steuereinzugs Gebrauch macht, ist ihre Entscheidung.

► **In Deutschland** erheben die evangelische und katholische Kirche sowie die jüdischen Gemeinden eine Steuer von ihren Mitgliedern. Die Kirchensteuer wird auf Einkommen und Kapitalerträge erhoben und vom Finanzamt abgeführt. Der Staat erhält für diese Dienstleistung zwischen zwei und vier Prozent des Aufkommens. Es gibt aber auch Religionsgemeinschaften, die keine Steuern erheben – wie die rund 800 Gemeinden der Vereinigung Evangelischer Freikirchen. (epd)



Was Thorsten Frei als neuer stellvertretender Fraktionsvorsitzender vorhat: www.sk.de/10001504